Essay gegen die Vernunftpanik

Ethik in den Zeiten der Corona-Pandemie

Inhaltsverzeichnis

Ethik in den Zeiten der Corona-Pandemie.....1
Ethik und Moral.....3
Freiheit und Zwang.....4
Offene Gesellschaft und Totalitäres Zwangsregime 5
Vom Gewaltmonopol zum Fürsorgemonopol des Staates.....6
Bergsteigen.....7
Rauchen.....8
Geschwindigkeitsbegrenzung (z.B. auf Autobahnen).....9
Anschnallpflicht, Sicherheitsgurte.....10
Helmpflicht auf Fahrrad und Skiern.....11
Suchtmittel.....12
Impfzwang.....13
Selbstmord, insbesondere Sterbehilfe.....14
Ausgangssperre und Versammlungsverbot.....14
Wie sind wir da hineingekommen?.....17
Moral der Todesfallstatistik.....18
Ausrottung statt Abflachung?.....23
Statistik und die unantastbare Würde des Menschen.....25
Empfehlen statt Befehlen.....26
Die Sehnsucht nach Fremdbestimmung.....30
Zwischenbemerkung.....32
Trittbrettfahrer und Krisengewinnler.....34
Wie kommen wir da heil wieder heraus?.....38
Demokratieschutz.....41
Staats-Oligopol-Kapitalismus.....42
Plädoyer für Freiheit in Verantwortung.....45

Ethik und Moral

Seit der Zunahme der Verbreitung des Corona-Virus sind mit Ethik begründete Aufrufe, Befehle und Zwangsmassnahmen hoch im Kurs. Bei mir entwickelte sich dabei ein immer grösserer Widerwille gegen diese moralisierenden Aufrufe. Diese Essay entstand, weil ich mir darüber klarwerden will, was diese Aufrufe, Befehle und Zwangsmassnahmen mit Ethik zu tun haben.

Die traditionelle und immer noch gültige Definition von Ethik lautet: Ethik ist ein Zweig der Philosophie, in dem nach Antworten auf die Frage *Was sollen wir tun?* gesucht wird. Ein Resultat dieser Suche nennt man Moral. Handeln, das sich an einer Moral orientiert, heisst moralisches Handeln.

Der Begriff "Ethik" hat momentan Hochkonjunktur. Es gibt Ethik-Institute, Ethik-Stiftungen, Ethik-Pensionskassen, Ethik-Banken, Ethik-Beratungsfirmen, Ethik-Think-Tanks und vieles mehr. Wo schon im Namen mit dem Begriff Ethik geworben wird, versteht man darunter anscheinend Antworten auf die Frage *Was sollen die Andern tun?*. Auf diese Frage gibt es bei diesen Institutionen offenbar nur eine Antwort. Darum reden sie von ethischem Handeln, wenn sich die Andern entsprechend ihrer alleinseligmachenden Moral verhalten. Da ich einen solchen Ansatz für unmoralisch halte, misstraue ich allen Organisationen, die das Wort Ethik im Namen tragen.

Freiheit und Zwang

Was halte denn ich selbst für moralisch, welche Werte haben für mich Gültigkeit?

Ich orientiere mich an den moralischen Grundstandards des Christentums und der Aufklärung, die in der westlichen Gesellschaft in Europa und den USA gewachsen sind. Diese lege ich auch den hier vorgelegten Überlegungen zugrunde.

Die Kurzfassung des christlichen Grundstandards lautet: *Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.* Die Kurzfassung des moralischen Imperativs der Kantschen Aufklärung lautet: *Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.* Als Bollwerk gegen die totalitäre Vergangenheit entstand nach dem zweiten Weltkrieg die Kurzfassung: *Die Würde des Menschen ist unantastbar.*

Auf diesen Grundstandards basieren die demokratischen Rechtsstaaten, in denen die Europäer leben. Da das Wort Europa einen Kontinent bezeichnet, zu dem auch Oslo, Belgrad, Istanbul, Moskau und Zürich gehören, zähle ich auch die Schweiz dazu, wo ich dieses heute am 25. März 2020 zu schreiben beginne.

Damit sich Menschen überhaupt moralisch verhalten können, müssen sie möglichst frei handeln können. Denn wer unter Zwang handelt, kann nicht für sein Handeln verantwortlich gemacht werden. Wer nicht frei entscheiden kann, was er tun will, für den sind

Antworten auf die Frage, was er tun soll, irrelevant. Wer das Wort Ethik benutzt, ohne die Entscheidungsfreiheit als ihr konstitutives Element zugrundezulegen, missbraucht es.

Die westliche Offene Gesellschaft schützt deshalb ihre Bürger so weit wie möglich vor Zwängen und Gewalt. Sie zwingt sie so zu moralischem Verhalten und bürdet ihnen die Verantwortung für ihr eigenes Leben auf. Die Freiheit des Einzelnen darf eigentlich nur eingeschränkt werden, wo sie mit der Freiheit Anderer in Konflikt gerät. Da die Bürger in diesen Gesellschaften das Gewaltmonopol an den Staat delegiert haben, müssen sie insbesondere vor der Staatsgewalt geschützt werden. Dazu dienen die Grund- und Menschenrechte und die politischen Einrichtungen der demokratischen Rechtsstaaten.

Offene Gesellschaft und Totalitäres Zwangsregime

Und nun wurden letzte Woche in dieser Offenen Gesellschaft alle Schutzwälle suspendiert, die den Einzelnen vor der Staatsgewalt schützen: Legislative und Judikative sind suspendiert; Abstimmungen und Wahlen werden verschoben; Menschenrechte wie Versammlungsfreiheit, Diskriminierungsverbot, Eigentumsgarantie, Schutz der Privatsphäre werden von der das Gewaltmonopol innehabenden Exekutive ausser Kraft gesetzt. Die unantastbare Würde der Menschen –- nicht nur der Mitglieder von "Risikogruppen" – wird mit Füssen getreten.

Diese schwerwiegenden Eingriffe in die persönliche Freiheit werden jeweils von der gewaltübenden Regierung damit begründet, dass man die dem Zwangsregime unterworfenen Bürger vor sich selber bzw. voreinander schützen müsse.

Bei diesem gewaltsamen Eingriff in das Leben Aller stellen sich einige ethische Fragen. Es scheint sich um die Kulmination einer schleichenden Entwicklung zu einem Monopol der an den Staat delegierten Verantwortung zu handeln. Die fürsorgliche Ausübung von staatlicher Gewalt gegen die Freiheit des Einzelnen zu dessen eigenem Schutz ist nicht neu. Man kann natürlich die Bürger am Besten vor sich selber und voreinander schützen, wenn man sie einem totalitären Zwangsregime unterwirft. Nur schützt sie dann nichts mehr vor diesem Regime.

In gewisser Weise ist das Delegieren der Verantwortung an den Staat moralisch bequem für die Bürger. Nur in den Bereichen, wo kein Zwang (z.B. von der Staatsgewalt) ausgeübt wird, können die Menschen moralisch handeln. In den anderen hat die zwangausübende Gewalt die Verantwortung übernommen. Ethische Fragen stellen sich dann nicht mehr für die Beherrschten, sondern nur noch für die Herrschenden.

Vom Gewaltmonopol zum Fürsorgemonopol des Staates

Ich schicke ein paar Beispiele für das zunehmende Fürsorgemonopol des Staates voraus, bevor ich wie-

der auf die aktuelle Situation der Corona-Massnahmen zurückkomme.

Bergsteigen

In den USA sind mancherorts Wege und Zugänge auf gefährliche Berge abgesperrt und ihre Benutzung wird mit hohen Bussen geahndet.

Begründet wird dies einerseits mit der Haftbarkeit der Gemeinde, auf deren Boden sich diese Wege und Berge befinden. Angehörige von Bergsteigern, die verunglücken, können die Gemeinde dafür haftbar machen, dass sie die Wege nicht abgesperrt hat.

Auch bei uns werden immer wieder Stimmen laut, das Bergsteigen zu verbieten. Angesichts der Warteschlangen und der Fäkalienwirtschaft auf dem Matterhorn kann man diesem Ansinnen sogar mit einer gewissen Sympathie begegnen.

Aus einer moralischen Perspektive stellt sich die Frage, ob es gerechtfertigt ist, Menschen in ihrer Freiheit einzuschränken, weil sie sich selber schaden. Offenbar haben diese Menschen in Kenntnis des Risikos ihren Nutzen für grösser eingestuft als den Schaden. Selbstverständlich sollten sie oder ihre Familie im Nachhinein nicht das Gemeinwesen dafür haftbar machen können, dass sie individuell ein solches Risiko auf sich genommen haben.

Dann bleibt noch die Frage, inwiefern die Bergsteiger Anderen schaden. Die Überlebenden eines Bergunfalls erzeugen Unfallkosten, die über Versiche-

rungen von Allen getragen werden. Diejenigen, die nicht überleben, entlasten auf der anderen Seite die Altersvorsorge. Die Bergsteiger machen einen eher kleinen Prozentsatz der Bevölkerung aus. Wären die Zahlen grösser, müsste man evtl. über höhere Prämien bei Versicherungen nachdenken.

Wer ein Verbot von Bergsteigen mit moralischen Argumenten einführen will, müsste konsequenterweise auch Profisport, Skifahren, Kriegsjournalismus verbieten.

Rauchen

Rauchen schadet der Gesundheit. Das ist heute unbestritten. Kann aber Gesundheit als Totschlagargument für alle moralischen Fragen eingesetzt werden?

Gesellschaftlich hat sich eine Balance eingestellt, dass Rauchen erlaubt ist, solange es Andere nicht gesundheitlich schädigt.

Die gesellschaftlichen Nachteile bei der medizinischen Behandlung der Folgekrankheiten des Rauchens werden aufgewogen durch Einsparungen bei der Altersvorsorge, die sogar noch aus Tabaksteuern alimentiert wird.

Wesentlich ist allerdings, dass der Staat der Informationsfreiheit keine Hindernisse in den Weg legt. Alle Mitglieder der Gesellschaft müssen freien Zugang zu den Informationen über die Gefahren des Rauchens haben.

Inwieweit es sinnvoll ist, die Bürger zur Kenntnisnahme dieser Informationen zu zwingen (z.B. über Propaganda in den Schulen), ist fraglich. Informationsaufnahme, die durch den das Gewaltmonopol innehabenden Staats erzwungen wird, wird schnell als Agitation und Propaganda empfunden, welche die Mächtigen einsetzen, weil sie auf Gegenargumente keine Antwort haben. Auf präziser, wissenschaftlich diskutierbarer Information beruhende Empfehlungen aus Kreisen der medizinischen Wissenschaft sind hingegen durchaus sinnvoll.

Geschwindigkeitsbegrenzung (z.B. auf Autobahnen)

Deutschland dürfte das einzige Land sein, wo auf Autobahnen noch "Freie Fahrt für freie Bürger" gilt. Überall sonst werden Geschwindigkeitsbegrenzungen mit Strafandrohung von den Regierungen durchgesetzt.

Das ist verständlich, denn anscheinend gibt es eine kleine Minderheit ("Raser"), die nicht fähig oder willens ist, ihre Geschwindigkeit den Verhältnissen anzupassen, wie es das Gesetz vorschreibt. Und als Kriterium für die Angemessenheit der Geschwindigkeit ist eine konkrete Geschwindigkeitsbegrenzung einfacher zu handhaben und zu ahnden, als eine abstraktere den Verhältnissen nicht angepasste Geschwindigkeit. Mit den Geschwindigkeitsbegrenzungen kommt es sogar umgekehrt zu einer Pflicht des staatlichen Strassenbaus, die Verhältnisse so

einzurichten, dass die angezeigte Geschwindigkeitsgrenze diesen angepasst ist.

Die Raser gefährden nicht nur sich selbst. Vielmehr sind bei vielen Unfällen die Insassen weiterer Fahrzeuge betroffen.

Der Vorteil der Geschwindigkeitsbegrenzung: Man verhindert Unfälle bevor sie passieren. In einem gewissen Sinne werden alle vernünftig fahrenden Lenker mitbestraft. Für diese ist die Geschwindigkeitsbeschränkung allerdings eine kaum spürbare Einschränkung ihrer Freiheit, da sie ohnehin nicht schneller fahren würden, wenn sie dürften.

Die Fürsorge des Staats für die Verkehrsteilnehmer lässt sich also moralisch gut mit der Senkung der Anzahl Verunfallter begründen.

Anschnallpflicht, Sicherheitsgurte

Bei der Anschnallpflicht liegt die Sache wieder eher so wie beim Bergsteigen. Wer sich nicht anschnallt, schädigt hauptsächlich sich selbst. Eine staatliche Gurtenpflicht lässt sich moralisch nur dann begründen, wenn der Staat dafür verantwortlich gemacht wird, dass sich Menschen selber schädigen.

Und der Gesetzgeber dachte bei der Einführung der Anschnallpflicht noch nicht an Air-Bags, welche die Sicherheitsgurte teilweise überflüssig machen. Die Erschwerung der Rettung aus einem Unfallauto wegen Sicherheitsgurten unter dem Air-Bags müsste auch in die Waagschale geworfen werden.

Die Fürsorgepflicht für unmündige Kinder macht es allerdings zum moralischen Imperativ, diese in einem Kindersitz anzuschnallen. (Andererseits erinnere ich mich an wunderbares, tagelanges Autofahren in den Sechzigerjahren als unangeschnalltes Kind auf dem Rücksitz mit Blick nach hinten, nach vorne, seitlich und viel Bewegungsfreiheit und Spielmöglichkeiten. Niemand diskutiert den Verlust an Lebensqualität für die Kinder.)

Helmpflicht auf Fahrrad und Skiern

Bei der Helmpflicht auf Skiern und auf dem Fahrrad, haben sich die Regierungen in Deutschland und der Schweiz entschieden, sie nicht generell einzuführen.

Das scheint logisch, denn wer keinen Helm trägt, schadet praktisch ausschliesslich sich selbst. Bei guter Information über die Vor- und Nachteile von Fahrradhelmen, können die einzelnen Fahrer vernünftigerweise selber bestimmen, wofür sie sich entscheiden. Es gibt immerhin auch Studien, welche eine von Helmen verursachte Erhöhung des Unfallrisikos nahezulegen scheinen.

Bei der Helmpflicht für Motorradfahrer haben sich die Regierungen für eine generelle Helmpflicht entschieden, obwohl die Verhältnisse nicht wesentlich anders sind. Anscheinend wird die höhere Geschwindigkeit als Indikator für eine grössere Gefahr betrachtet. Und eine Helmpflicht für E-Fahrradfahrer kommt wohl bald.

Wer eine Fürsorgepflicht für Kinder hat, muss für sie mitentscheiden und handelt wohl fahrlässig, wenn auf das Helmtragen verzichtet wird.

Suchtmittel

Die staatlichen Einschränkungen beim Zugang zu gewissen Rauschmitteln und Medikamenten lassen sich praktisch in keiner Weise moralisch verteidigen.

Wie beim Bergsteigen schädigen sich die Süchtigen hauptsächlich selber und ihre Angehörigen. Ausserdem macht das Gesetz seltsame Ausnahmen bei kulturell fest verankerten Drogen wie Alkohol und Zigaretten und fördert mit staatlichen Lotterien die Spielsucht.

Wenn alle gut über die Folgen von Drogenkonsum informiert wurden, kann man den Entscheid ruhig den Einzelnen überlassen. Die Pflicht des Staats, der seine Bürger zu schützen hat, wäre aber, alle Förderung von Suchtverhalten zu unterlassen.

Die Bürger müssen dann die Nachteile gegen die Vorteile des Konsums selber abwägen. (Im Einzelfall gibt es auch Vorteile.) Und ihre Angehörigen müssen ihren Umgang mit ihnen entsprechend regulieren.

Die moralische Frage wird allerdings in diesem Fall durch die Tatsache verschärft, dass die Sucht die eingangs erwähnte Entscheidungsfreiheit einschränkt. Man kann argumentieren, dass Süchtige deshalb ihre moralische Verantwortung für den Umgang mit Drogen nur eingeschränkt wahrnehmen können. Dies

kann eine Zwangsbehandlung der Suchtkrankheit teilweise moralisch legitimieren. Beim (Wieder-)Einstieg in die Droge ist aber in jedem Fall von der Eigenverantwortung auszugehen. Und Zwangsbehandlungen scheinen oft nicht nachhaltig zu wirken.

Impfzwang

Ein weiterer Konflikt der staatlichen Fürsorge mit der persönlichen Freiheit ist der – in gewissen Kreisen heiss umstrittene – Zwang zur Impfung gegen gewisse Krankheiten. Sollte demnächst eine Impfung gegen das aktuelle Corona-Virus auf den Markt kommen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese Impfung staatlich obligatorisch und zur Voraussetzung für Einreisevisa wird, auch wenn sie schlecht ausgetestet ist und problematische Nebenwirkungen nicht ausgeschlossen werden können.

Dabei schädigt sich ein Impfverweigerer hauptsächlich sich selber. Gegen dieses Argument wird ins Feld geführt, dass er dann als Infektionsträger Andere anstecken könnte. Aber diese haben ja die Möglichkeit, sich selber impfen zu lassen.

Solange die relevanten Informationen allen zugänglich sind, stellt sich beim Impfzwang höchstens eine moralische Frage bei Unmündigen. Wenn sich der Staat entschliesst, alle Kinder impfen zu lassen, nimmt er den Eltern einen Teil ihrer Verantwortung für die Kinder weg und vergesellschaftet sie. Das ist nicht unproblematisch, aber vertretbar. Denn Kinder sind nicht exklusives Eigentum ihrer Eltern.

Selbstmord, insbesondere Sterbehilfe

Die endgültige Selbstschädigung ist der Selbstmord. Die christliche Ethik lehnt den Selbstmord ab. Aber heutzutage bewegt sich die Gesellschaft auf ein "Recht auf Selbstmord" zu, wie der kürzliche Entscheid des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland bestätigt hat.

Nun müssen die Deutschen nicht mehr in die Schweiz reisen, um ihrem Leben freiwillig und selbstbestimmt ein Ende zu setzen.

Ein wichtiger Aspekt einer moralisch akzeptablen Sterbehilfe ist natürlich, dass kein Druck auf "freiwilligen" Selbstmord ausgeübt wird. Denn dies würde ja die Entscheidungsfreiheit und somit die Eigenverantwortung einschränken. Die Entlastung der Sozialversicherungen darf deshalb auf keinen Fall die Begründung für die neue staatliche "Förderung" der Sterbehilfe sein.

Ausgangssperre und Versammlungsverbot

Für das sich aktuell verbreitende Corona-Virus gibt es noch keine Impfung. Aber man kann sich schützen, indem man die Übertragung von Mikroben von Mensch zu Mensch vermeidet, indem man zu anderen Menschen auf physische Distanz geht und auf Hygiene achtet.

Es gibt viele Menschen, die an Krankheiten leiden, die jede Grippewelle für sie lebensbedrohlich machen.

Diese Menschen haben dank Empfehlungen ihrer Ärzte und öffentlich zugänglicher medizinischer Information gelernt, wie sie sich schützen. Ein gesetzlicher Zwang war nicht nötig, obwohl es um viele Tausende von möglichen Todesfällen geht.

Insofern können sich alle selber vor Corona-Ansteckungen schützen und ein von der Regierung verordnetes Versammlungsverbot ist überflüssig.

Ein solches Verbot hat auch den Nachteil, die unantastbare Würde des Menschen zu untergraben. Denn es gibt Menschen, die lieber das Risiko einer Ansteckung mit möglichen Todesfolgen eingehen wollen, als andere Kranke und Bedürftige ihrem Schicksal zu überlassen. Andere glauben, dass ein Leben ohne Kontakte gleichwertig ist mit keinem Leben und ziehen das Todesrisiko vor. Manche finden auch, der Spass, an einer Party teilzunehmen, wiege das Risiko auf, zu erkranken und eventuell daran zu sterben. Schliesslich birgt jedes Eingehen einer Beziehung das Risiko, dass sich die Mikroben der Partner nicht miteinander vertragen. Manches ältere Mitglied einer Risikogruppe würde ein erhöhtes Sterberisiko in Kauf nehmen, um den Jüngeren der Erleben einer unermesslichen Weltwirtschaftskrise zu ersparen.

Warum erlauben wir Sterbehilfe und verbieten kerngesunden Menschen über 65 das Verlassen der Wohnung, welches ein gewisses Ansteckungsrisiko und ein kleines Todesrisiko mit sich bringt und problemlos von allen selbstverantwortlich reguliert werden kann?

Als moralisches Argument für die aktuellen Einschränkungen wird jeweils ins Feld geführt, dass ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung der Gesellschaft zu befürchten sei. Ist die Überlastung eines nicht übermässig klug organisierten Sektors der Gesellschaft ein ausreichendes Argument, um Grund- und Menschenrechte und die Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaats kurzerhand über Bord zu werfen?

Einer solchen Überlastung müsste man allenfalls Rechnung tragen, indem angekündigt wird, dass die Spitäler sich gezwungen sehen werden, Infizierte, Kranke und Verunfallte schlechter zu behandeln, wenn sie überlastet sind, weil die Bevölkerung die medizinischen Empfehlungen nicht genügend ernst nimmt.

Solange Ausgangssperre und Versammlungsverbot von der Exekutive befohlen werden, stellen sie nur für die Exekutive eine moralische Frage dar. Denn die Bürger sind ihrer Freiheit beraubt und können daher nicht für die Folgen dieser Massnahmen verantwortlich gemacht werden.

Erst wenn die Massnahmen als Empfehlungen, statt als Befehle der Exekutive formuliert werden, wie das in Schweden der Fall zu sein scheint, stellen sich moralische Fragen für uns alle: Ist es verantwortbar, Mitbewohner einer Gefahr auszusetzen, weil ich mich amüsieren will? Ist es verantwortbar, wenn dies mit dem Motiv des Helfens geschieht? Muss Mitbewoh-

nern die Möglichkeit der Ansteckungsisolierung garantiert werden, bevor man sich einem höheren Risiko aussetzt? Ist die fahrlässige Ansteckung von Dritten zu ahnden wie ungeschützter Sex von AIDS-Infizierten, ohne informiertes Einverständnis des Partners?

Als moralisches Argument gegen die Strategie Empfehlen statt Befehlen wird angeführt, dass viele Arbeitnehmer wirtschaftlich gezwungen sind, sich einem Todesrisiko auszusetzen, das sie freiwillig nicht eingehen würden. Dieses Argument hat ein gewisses Gewicht. Während der wegen mangelnder Information durchaus begründeten Angst vor der Pandemie, wäre es sinnvoll, Arbeitsverweigerung gesetzlich so zu schützen, wie wenn ein Arzt ein Arztzeugnis der Arbeitsunfähigkeit ausgestellt hätte. Die staatlichen Zwangsmassnahmen fokussieren jedoch auf sogenannte Risikogruppen über 65, weil auch der Staat die Arbeitnehmer zur Weiterarbeit – auch gegen ihren Willen – zwingen will.

Wie sind wir da hineingekommen?

In der europäischen Offenen Gesellschaft stellen sich also moralische Fragen vor allem den Vertretern des Staats, an welchen wir die Gewalt delegiert haben. Diese Staatsgewalttäter tragen die Verantwortung für die Folgen ihrer Gewaltanwendung.

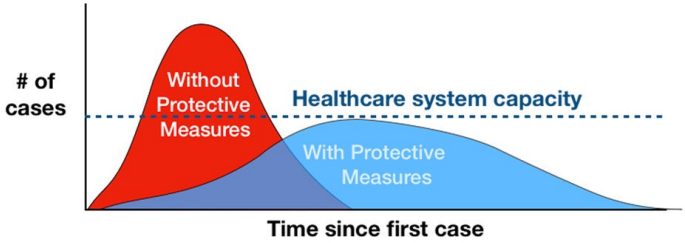
Diese wurde in der Schweiz ermöglicht durch ein relativ neues Epidemiegesetz, welches der Exekutive

ermöglicht, sich selbst zu ermächtigen, von einem Tag auf den anderen die Legislative, die Judikative, die Volksabstimmungen und alle möglichen Grund- und Freiheitsrechte zu suspendieren. Ein Nachweis der Verhältnismässigkeit muss dafür nicht erbracht werden. Als einzige Experten werden Epidemieforscher befragt. Dieses Epidemiegesetz wirkt sich jetzt als Ermächtigungsgesetz zur Abschaffung jeglicher demokratischer Kontrollmechanismen aus. Wäre das den Parlamentariern klar gewesen, die für dieses Gesetz verantwortlich sind, hätten sie es so wohl nicht eingeführt.

Gemäss Zeitungsmeldungen ist die relativ liberale schwedische Lösung darauf zurückzuführen, dass dort keine solche Notstandsgesetzgebung existiert, welche die Demokratie aushebeln kann.

Moral der Todesfallstatistik

Begründet hat die Regierung der Schweiz ihre drakonischen Massnahmen mit dem Argument, man müsse die Infektionsrate abflachen, damit unser Gesundheitssystem nicht zusammenbreche.



Adapted from CDC / The Economist

Zur Illustration dieser Begründung wurden Bildchen wie das hier abgebildete publiziert, welches eine steile und eine flache statistische Verteilung darstellt, welche nach dem französischen Mathematiker Poisson benannt wird. Als Mathematiker fällt mir sofort auf, dass es zwei schön glatte theoretische Kurven aus dem Lehrbuch sind, die nichts mit realen Verbreitungen zu tun haben. Weil es eine rein theoretische Modellrechnung ist, findet man natürlich auch keine konkreten Skalenbeschriftungen für Zeiträume oder Anzahl Infizierte. Was ich dem Bild entnehme, ist aber auch, dass sich genau gleich viele Menschen anstecken, ob man nun Verlangsamungsmassnahmen ergriffen hat, oder nicht. Die rote Fläche ist gleich gross wie die blaue. Das ist kein Zufall: Die theoretischen Kurven wurden genau mit dieser Anforderung generiert, weil die Wissenschaftler davon ausgehen, dass die Zahl der langfristig Angesteckten gar nicht

gesenkt werden kann. Die Ansteckung wird erst bei Erreichen der Herdenimmunität beendet. Die meisten von uns (ca. 70%) werden also in den nächsten Monaten einmal angesteckt.

Dagegen wird ins Feld geführt, dass die Anzahl der Todesfälle kleiner wird, wenn das Gesundheitssystem nicht über seine Kapazität hinaus belastet wird. Denn dann können die meisten kritischen Fälle in den Intensivstationen der Spitäler medizinisch behandelt werden.

Wenn man allerdings mit Chefärzten von solchen Intensivstationen spricht, erfährt man, dass an die 80% der Patienten, die in Intensivstationen an Beatmungsgeräte angeschlossen werden, an der Behandlung oder kurz danach an ihren Folgen sterben. Die Statistik der durch Intensivmedizin vermiedenen Todesfälle sieht also nicht so rosig aus, wie das oft dargestellt wird.

Die Regierung tut so, als ob die Vermeidung von Todesfällen das oberste Gebot wäre. Sprüche wie "jeder einzelne Tote ist einer zu viel" werden denn auch von der Exekutive und ihren Medien unablässig ausgesendet, obwohl ein solcher Grundsatz weder bei der Sterbehilfe noch bei den Bergsteigern angewendet wird. Wenn er ernst gemeint wäre, müssten wir den Autoverkehr abschaffen. Mit solchen Sprüchen und einer sie verstärkenden Kampagne der Massenmedien wird eine Panik der Todesangst verbreitet, welche dem tatsächlichen Risiko nicht angemessen

ist. Denn nur ein sehr kleiner Bruchteil der Infektionen führt zum Tod.

Wenn man den Grundsatz der Vermeidung von Todesfällen als oberstes Gebot ernst nimmt, müsste man die Massnahmen-Toten gegen die Corona-Toten aufrechnen:

- "Normale" Patienten werden durch die Corona-Massnahmen aus den Spitälern verdrängt und ihrem Schicksal überlassen. Anscheinend wiegen Krebstote weniger schwer als Corona-Tote.
- Die häufigste Unfallursache ist der Haushaltsunfall. Je mehr Menschen sich länger im Haushalt aufhalten, desto höher steigt die Rate der Haushaltsunfälle – auch derjenigen mit Todesfolge.
- Häusliche Gewalt nimmt ebenfalls zu, wenn mehr Menschen auf kleinem Raum zusammengepfercht leben müssen. Unsägliches Leid und einige Tote sind die Folgen dieser Massnahmen.
- Die Einsamkeit treibt Menschen in die Depression und in den Selbstmord.
- Der Verlust einer Arbeitsstelle oder einer Perspektive eines lebenswerten Lebens treibt Menschen in die Depression und in den Selbstmord.
- Über längere Zeit werden die Massnahmen die Gewalt der Strasse und die Gegengewalt der

Exekutive provozieren mit unübersehbaren Folge-Todesfällen.

- Jede Prohibition hat eine Zunahme des organisierten Verbrechens bewirkt. Ein Repeal der Massnahmen ist nicht in Sicht. Auch die daraus resultierenden Todesfälle müssten als Massnahmen-Todesfälle Eingang in die Statistik finden.

Für keinen Typ dieser Massnahmen-Todesfälle sind Epidemiologen Experten. Darum ist es Hybris, wenn sie vorgeben, ihr Fachwissen rette Leben. Generell fällt auf, wie unterschiedlich verschiedene Todesarten – Verkehrstote, Krebstote, Coronatote, Massnahmentote, … – von den Politikern und Panikhausierern gewichtet werden. Wieviel die Massnahmentoten zur Übersterblichkeit beigetragen haben, werden wir wohl nie erfahren, weil nicht sein kann was nicht sein darf.

Es ist aber sicher richtig, dass eine Verlangsamung des Ablaufs kurzfristig dazu hilft, totales Chaos zu vermeiden. Man kann den Zivilschutz und die Armee aufbieten. Feldbetten können aufgestellt werden. Unbestattete Leichen auf den Strassen können durch Vorkehrungen vermieden werden.

All dies könnte aber auch mit einer Strategie des Empfehlens mit maximaler Transparenz über die reale Entwicklung erreicht werden.

Ausrottung statt Abflachung?

Eine echte Verkleinerung der Zahl der Infizierten statt bloss eine Verlängerung der Pandemieperiode ist nur denkbar, wenn das Virus sozusagen ausgerottet wird, bevor sich die Herdenimmunität einstellt. Nur dann würde die Fläche unter der Poissonkurve echt kleiner.

Dieses Szenario ist aber ziemlich unhaltbar: Wenn in einer kleinen Region der Welt wie der Schweiz mit maximal drakonischen Massnahmen, Rückverfolgung von Infektionsketten und radikaler Isolation der Angesteckten eine Ausrottung des Virus tatsächlich erreicht werden könnte, dann wäre die Mehrheit der Bevölkerung nicht immun gegen das Virus und es könnte überall und jederzeit wieder aufflackern und einen Flächenbrand auslösen, wie wir das schon bisher erlebt haben.

Es ist unrealistisch dass eine drakonische Strategie der Eindämmung und Ausrottung weltweit durchgeführt werden kann. Milliarden von Amerikanern, Indern und Afrikanern werden nie eine Zurückverfolgungs-App nutzen können.

Um eine zweite, dritte, vierte Ansteckungswelle zu vermeiden, müsste sich also die Schweiz auf lange Zeit gegen den Rest der Welt hermetisch abschotten. In einer solchen Schweiz möchte ich nicht leben.

Schliesslich kann man sich Ausrottung des Virus von der rechtzeitigen Entwicklung eines Impfstoffs erhoffen. Es scheint allerdings heute unwahrscheinlich,

dass ein verantwortbarer Impfstoff zur Verfügung steht, bevor die Herdenimmunität das Virus ohnehin auf natürliche Weise lahmgelegt hat.

Dass die Massnahmen im Tessin heute (7. April 2020) schon Wirkung zeigen und eine Abnahme der Infizierten festgestellt wird, überrascht mich. Denn ein Blick auf die Verlangsamungsgraphik zeigt, dass die Abnahme um so später sichtbar ist, je strenger die Massnahmen sind. In den Ländern mit den strengeren wirksamen Massnahmen müsste die Abnahme später beobachtet werden. Denn auf der blauen Kurve – also bei unverändertem Beibehalten der Massnahmen – ist noch viele Monate mit einem Ansteigen der Neuinfektionen zu rechnen. Wahrscheinlich wird man dieses Ansteigen dann den Lockerungen der Massnahmen zuschreiben.

Auch die Tatsache, dass die Epidemie in Wuhan vorbei zu sein scheint und den Rest von China wenig betroffen hat, widerspricht den von den Epidemiologen verkündeten Erwartungen. Denn eigentlich müsste die Epidemie in den nicht betroffenen Landesteilen überall und immer wieder mal aufflackern, sobald die Region Wuhan nicht mehr abgeriegelt ist.

Die Behauptung, dass beobachtbarer Rückgang der Infektionen eine Folge der Massnahmen sind, fusst auf dem logischen Trugschluss *post hoc ergo proper hoc*. Selbstverständlich wollen Regierungen ihre Massnahmen, welche uns unsere Grundrechte raubten, mit Erfolgsmeldungen begründen.

Statistik und die unantastbare Würde des Menschen

Für das Individuum stellt sich die Statistik anders dar, als für die Gesellschaft. Man ist entweder (100%) infiziert, oder nicht (0%). Man wird bleibend geschädigt (100%) oder nicht (0%). Man stirbt daran (100%) oder nicht (0%). Die Statistik gibt nur Aufschluss über das Risiko bei verschiedenen Entscheiden zum Verhalten. Und beim konkreten, individuellen Verhalten wird die Sache verzwickt:

Einem Pfarrer mag die Seelsorge wichtiger sein, als sein persönliches Risiko. Er muss allerdings darauf achten, dass er die Mitglieder seiner Gemeinde nicht schädigt. Diese wiederum können ihren Umgang mit ihm modifizieren, wenn er ihnen ein zu grosses Risiko darzustellen scheint.

Eine Krankenschwester mag ihr persönliches Risiko für weniger relevant erachten als die Hilfe, die sie Anderen bringen kann. Denn Viele leiden nicht an einer Corona-Infektion und benötigen ihre medizinische Hilfe. Und schon in Nicht-Corona-Zeiten hat sie das erhöhte Risiko einer Arbeit im Krankenhaus auf sich genommen und ihr Leben für lebenswert gehalten.

Ältere Menschen mögen die Verkürzung des bleibenden Rests ihres Lebens gerne in Kauf nehmen, wenn sie dafür für andere nützlich sein können. Nichts nervt mehr, als wenn alle zur Solidarität mit den Älteren aufgerufen werden, ohne diesen die

Möglichkeit einzuräumen, mit den Jüngeren solidarisch zu sein.

Verwandte von Schwerkranken wissen, welche Ansteckungsrisiken sie bei jedem Besuch eingehen und versuchen sich entsprechend zu schützen. Sie haben sich in voller Kenntnis dieses Risikos dagegen entschieden, ihre kranken Freunde nicht zu besuchen. Wer sie daran hindert, respektiert ihre Menschenwürde nicht.

Die Differenzierung der moralischen Entscheidungen ist also fein verästelt und reicht bis zu trivialen Fragen von Nachhilfestunden, welche immerhin die berufliche Laufbahn eines jungen Menschen beträchtlich beeinflussen können.

Empfehlen statt Befehlen

Was wäre passiert, wenn der Bundesrat sich auf Empfehlungen statt auf Befehle gestützt hätte? Es ist denkbar, dass die Anzahl der aus der Corona-Epidemie resultierenden Todesfälle grösser wäre. Diese wären aber – wie die Todesfälle beim Bergsteigen – eine Folge eines von den Einzelnen frei gewählten Risikos.

Auch wirtschaftliche Schäden, ähnlich denen, die aus den heutigen Zwangsmassnahmen resultieren, wären unvermeidbar gewesen. Viele Menschen würden sich an Abstandsempfehlungen halten und auf Restaurantbesuche verzichten. Aber die Schäden wären auf das

Konto der Naturgewalt des Virus zu schreiben und nicht vom Zwangsregime zu verantworten.

Moralisch verantwortlich für Schäden wären diejenigen, welche sich nicht genügend geschützt haben, oder deren Mitbewohner, die sie einem unkommunizierten Risiko ausgesetzt haben. Und die totale Anzahl der Todesfälle, die aus der Disruption der Gesellschaft resultieren (Coronatote plus Massnahmentote), wäre sehr wahrscheinlich deutlich kleiner.

Im Moment, wo die Regierung zum Befehlen statt Empfehlen greift, wird sie moralisch verantwortlich für die Folgen. Wenn die Schliessung von Läden befohlen wird, verlangen Ladenbesitzer und ihre Vermieter vom Staat eine Entschädigung. Denn dieser ist "schuld" an den Ausfällen. Wenn die Schliessung lediglich empfohlen wird, sind Vermieter und Mieter eher geneigt, sich angesichts des alle betreffenden Unheils zu einigen. Auch dann kann es sinnvoll sein, wenn der Staat die Geschäfte dabei unterstützt, sich verantwortungsvoll zu verhalten.

Der unantastbare Würde des Menschen wäre trotz grösserer Anzahl Corona-Todesfälle besser Rechnung getragen worden.

Wesentlich für eine Strategie des Empfehlens statt des Befehlens wäre eine offene und vollständige Information über die verfügbaren Daten. Wenn die Einwohner den Empfehlungen der Regierung folgen sollen, müssen sie genauso viel Information zur Verfügung haben wie diese. Eine "Open Data"-Strategie der Ver-

waltung ist eine wesentliche Komponente einer funktionierenden, freiheitlichen Demokratie und nicht nur ein hübsches Anhängsel. So wie der Bundesrat beim Einschlagen der Strategie des Befehlens mit unvollständiger Information in einer dynamischen Situation umgehen muss, so muss bei der Strategie des Empfehlens jedes Individuum mit der Tatsache fertig werden, dass viele Aspekte der Pandemie unbekannt sind. In einer solchen Situation ist es sinnvoll, eher defensive Entscheide zu treffen, die man leicht rückgängig machen kann.

Der Informationsmangel ist aus zwei Gründen irritierend: Einerseits wird der Urwunsch der Bevölkerung verletzt, dass jemand schuld sein muss an allem Geschehen. Dieser Urwunsch ist besonders stark, wenn der Informationsmangel gross ist. Andererseits widerspricht die Eigenverantwortung der Sehnsucht nach Fremdbestimmung.

Offenbar wollen wir unbedingt jemandem die Schuld geben, wenn ein Unglück passiert. So kommt es immer wieder zu den absurden Anschuldigungen, dass jemand seine Krankheit selber verursacht habe (Wer will sich schon absichtlich krank machen?), dass der Staat schuld sei, wenn sich jemand am Randstein das Bein bricht (Am besten, alle Trottoirs im Land abschaffen!), dass eine Ärztin schuld sei an den Folgen einer Behandlung. (Sie wäre wohl kaum Ärztin geworden und hätte die Behandlung wohl kaum durchgeführt, wenn ihre Absicht war, den Patienten zu schaden!)

Wir müssen wieder lernen, dass Dinge auf dieser Welt geschehen, für die keine Instanz moralisch verantwortlich ist, weil niemand die Entscheidungsfreiheit hatte, sie ungeschehen zu machen.

Es ist abzusehen, dass beim nächsten Bergrutsch wieder der Regierung die Schuld am Unglück gegeben wird und laut nach besseren und früheren Warnungen gerufen wird. Der nächste Lockdown wird dann zur Abwechslung von politisch inkompetenten Seismologen verordnet, anstelle der Epidemologen heute. Wenn man den Massstab des Todesfallrisikos bei Corona-Infektionen anlegt, müsste man wohl die Hälfte aller Schweizer Gemeinden vorsorglich evakuieren, wo die Möglichkeit besteht, dass bei einem heftigeren Erdbeben grössere Felsmassen herunterkommen.

Politiker neigen dazu, sich in Krisenfällen ausschliesslich auf Fachexperten zu stützen, weil sie ihrerseits auf der Flucht vor der moralischen Verantwortung sind. So kommt es zur Expertokratie, wo Fachleute mit der eingeengten Perspektive ihres Fachwissens das Sagen haben. Eine Folge der Expertokratie ist dann jeweils, dass die Fachinformation nicht mehr frei öffentlich zugänglich ist. Denn die Experten benötigen einen Wissensvorsprung um ihre Verdikte unangreifbar zu machen. Da sie als blosse Berater der Politik tätig sind, nehmen sie keinerlei Verantwortung auf sich. So verschwindet die moralische Verantwortung im Wechselspiel von Politik und Experten.

Die Sehnsucht nach Fremdbestimmung

Die Sehnsucht nach Fremdbestimmung ist in den letzten Jahrzehnten bei uns riesengross geworden.

> Papa ist selber schuld, wenn mir die Hände frieren. Warum kauft er mir keine Handschuhe!

Fremdbestimmung hat natürlich den Vorteil, dass wir nicht mehr selber schuld sind an unserem Unglück.

Als sich die Epidemie nicht mehr vertuschen liess wollte die chinesische Regierung wohl vermeiden, dass die weltweite Medienöffentlichkeit wieder auf Chinas autoritärem Regierungssystem herumhackt. Deshalb inszenierte sie Kraftakte. Sie verfügte den totalen Shutdown. Sie stampfte in wenigen Wochen ganze Spitäler aus dem Boden. Sie forderte sichtbare Unterwerfungsgesten wie das Tragen von Gesichtsmasken, obwohl diese praktisch kaum nützliche Wirkung zeigen.

Als die Menschen in der "westlichen" Offenen Gesellschaft merkten, dass das Corona-Virus wohl doch eine ernstzunehmende Krankheit ist, fingen sie an, für diese Techniken eines autoritären Zwangsregimes zu schwärmen. Sie fingen an, ihre eigenen Regierungen zu kritisieren, dass sie nicht rechtzeitig Massnahmen eines totalitären Regimes übernommen hatten.

Obwohl der schweizerische Bundesrat mit dem Ausrufen einer Ausserordentlichen Lage wohl durchaus keine irreversible Machtakkumulation bei der

Exekutive anpeilte, fand er sich in einem Umfeld von Regierungen wieder, die miteinander wetteiferten, noch menschenverachtendere Massnahmen zu ergreifen als die chinesische Regierung, um ihre Bevölkerung zufriedenzustellen.

Denn die Sehnsucht nach Fremdbestimmung kommt aus der Gesellschaft und insofern hat die Gesellschaft die Verantwortung für die Folgen der Massnahmen der Regierung zu übernehmen. Offenbar ist die Mehrheit bei uns nicht mehr zufrieden mit dem Modell einer freiheitlichen Offenen Gesellschaft. Sie ist davon überzeugt, dass nur ein autoritäres Regierungssystem wie das chinesische, die nötigen Massnahmen effizient durchsetzen kann, um die Fallzahlen zum Sinken zu bringen.

Es ist der chinesischen Regierung gelungen, mit ein paar Kraftakten, mit Hilfe von Alarmismus und unterstützt von unserer Angst vor dem Tod, uns ihr System des autoritären Zwangs einer Einheitspartei schmackhaft zu machen.

Mit der Einschränkung der Freiheit der Bürger hat die Regierung die Verantwortung für die Gesundheit der Bürger übernommen. Dass diese in einem von Fürsorgedelegation bestimmten Staat den Bürgern weggenommen wurde, wird sich bitter rächen. Wenn nun jemand stirbt, ist die Regierung schuld. Wenn die Regierung die Kitas oder Schulen wieder öffnet, wird sie – anders als bei Verbreitung des Norovirus in einer Klasse – für jeden Todesfall in der Familie der

Kinder verantwortlich gemacht werden. Sie muss quasi garantieren, dass solche nicht vorkommen werden. Und das kann sie nicht. Die Bürger, die sich, vieler Grund- und Menschenrechte beraubt, plötzlich als Leibeigene der Regierung erleben, werden in grosser Wut auf die Regierung und ihre Experten losgehen, obwohl sie selber die Fremdbestimmung herbeigesehnt hatten.

Aus Angst vor dieser Wut muss die Regierung schon heute Informationen geheim halten, die ihre Massnahmen in Frage stellen. Die Angst vor Gesichtsverlust führt dazu, dass Experten plötzlich hemmungslos lügen.

Zwischenbemerkung

Leser, die meine Stellungnahmen nicht mögen, sind oft schnell geneigt, mich in eine ihnen genehme Ecke zu stellen. Zum Beispiel könnte der Eindruck entstehen, ich sei ein Verharmloser der Corona-Pandemie und nehme deren Gefährlichkeit nicht genügend ernst. Ich würde mit meinen gefährlichen Überlegungen viele Menschen in Gefahr bringen, viel Not und Leid und sogar den Tod vieler Menschen verursachen.

Dies ist keineswegs so. Ich halte die Corona-Pandemie für bis zu zehnmal gefährlicher als die saisonale Grippe. Aber selbst wenn ihre Gefährlichkeit noch grösser wäre, würden dadurch meine Überlegungen hier in keiner Weise beeinflusst oder abgeändert.

Denn hier ist nirgends vom Ausmass der Gefährlichkeit der Pandemie die Rede.

Eine Ethik, deren Grundsätze von der grösseren oder kleineren Gefährlichkeit einer Epidemie abhängig sind, wäre wenig wert. Ebenso wenig wert sind etwa Bekenntnisse zu Grund- und Menschenrechten und zu rechtsstaatlicher direkter Demokratie mit Gewaltentrennung, die von der Exekutive kurzerhand suspendiert werden und deren Wiedereinführung davon abhängig gemacht wird, ob die medizinische Forschung in nützlicher Zeit einen brauchbaren Impfstoff entwickelt. Sollen wir uns einfach an chinesische Verhältnisse gewöhnen, wenn kein solcher wissenschaftlicher Erfolg eintritt?

Ich kann ebenso wenig wie meine Kritiker ausschliessen, dass das Äussern meiner Überlegungen auch negative Folgen haben könnte. Ich bemühe mich, das zu vermeiden, kann aber die Verantwortung dafür nicht Anderen zuschieben.

Wer mich als Corona-Verharmloser zu diskreditieren versucht, ist allerdings meistens ein Massnahmen-Verharmloser und -Trittbrettfahrer oder zieht gar einen Gewinn daraus.

Trittbrettfahrer und Krisengewinnler

Die Klasse der Trittbrettfahrer reicht von der Moraltante über den Besserwisser bis zum Denunzianten. Alle usurpieren einen Teil der Regierungsmacht, indem sie deren Befehle zu ihren eigenen Anliegen

machen, sie über die Masse verschärfen, und kräftig mit meist unhaltbarem, oft puritanischem Moralin würzen.

- Sie ereifern sich über Menschen, die ihre Hände nicht andauernd desinfizieren;
- sie ereifern sich über Menschen die husten;
- sie ereifern sich über Menschen, die nicht in die Armbeuge husten;
- sie ereifern sich über Menschen, die weniger als 2 Meter von ihnen entfernt vorbeigehen;
- sie ereifern sich über Menschen, die über 65 sind und friedlich draussen spazieren gehen;
- sie ereifern sich über Menschen, die keine Gesichtsmaske tragen;
- sie ereifern sich über Menschen, die Party machen;
- sie ereifern sich über die Regierung, die viel zu spät gehandelt und viel zu wenige Menschenrechte mit Füssen getreten hat.

—— Ich kann mich über all diese Ereiferer so was von ereifern!

Die Moraltante macht alle Mitmenschen unaufgefordert darauf aufmerksam, dass sie ihre Hände desinfizieren sollen auch wenn kein erkennbarer Zweck damit verbunden ist. Es ist zwar richtig, dass Desinfektionsmittel die Hände kurzfristig sterilisieren. Darum

ist es auch sinnvoll, wenn der Chirurg seine Hände vor der Operation desinfiziert. Andererseits greift das Aethanol die natürliche Schutzschicht des aus Fett, Salz und Säure bestehenden Schweisses an, macht die Haut rissig, wäscht das schützende Fett aus den Poren und öffnet sie damit dem Angriff aller möglichen Mikroben. Es gibt glaubwürdige wissenschaftliche Untersuchungen der Tatsache, dass Männer, die ihre Hände seltener waschen als Frauen, weniger verschiedene Bakterienstämme auf ihren Händen beherbergen. Die natürliche Schutzschicht des Schweisses hat sich über Millionen von Jahren gegen viele Mikroben bewährt. Wenn Aethanol besser gegen das Eindringen von Mikroben schützen würde, hätte die Evolution vermutlich dafür gesorgt, dass wir Aethanol schwitzen.

Der Besserwisser weiss besser als die Regierung, dass diese viel früher hätte handeln sollen und viel härter durchgreifen sollte. Denn sie habe ja die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Landsleute. Dabei steigern sie den moralischen Imperativ ins Unermessliche. Meistens leiden sie selber nicht wirtschaftlich unter den Restriktionen und finden es normal, wenn sie lauthals Solidarität einfordern, ohne mit irgendwem solidarisch zu sein.

Dabei basiert Solidarität – wie die Moral – auf Freiwilligkeit. Niemand nennt einen Autofahrer solidarisch, der sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung hält, um keine Busse bezahlen zu müssen. Auch impliziert der Begriff Solidarität eine gewisse Gegenseitig-

keit. Eine Gesellschaft und eine Regierung, die in den letzten zwanzig Jahren nie Solidarität mit Unternehmern gezeigt hat, wirkt zynisch, wenn sie gleichzeitig mit der Vernichtung ihrer Existenz diese auch noch mit Solidaritätsgeschwurbel überhäuft. Auch auf unterbezahlte Pflegekräfte wirken solche Appelle nur grotesk.

Der Denunziant zeigt Menschen bei der Polizei an, weil sie draussen im Wald herumspazieren oder in der Eisenbahn keine Gesichtsmaske tragen. Auch für Gesichtsmasken gilt, dass die professionellen, sterilisierten Exemplare im Operationssaal ihre Berechtigung haben. Die in der Allgemeinheit verbreiteten Stofffetzen entfalten aber nur eine sehr beschränkte Wirkung. Tatsächlich hat uns auch hier die Evolution mit einer exzellenten Alternative, nämlich der Nase, versehen: Wenn man den Mund schliesst und durch die Nase atmet, gelangen viel weniger feinstoffliche Partikel und Mikroben in die Lunge, als wenn man mit offenem Mund durch eine Gesichtsmaske atmet. Die Mikroben haben evolutionär mitgehalten: Die gefilterten Schadstoffe in der Nase werden mittels Niesen aus dem Körper entfernt. Die resultierenden Tröpfchen werden von cleveren Mikroben als Transportmittel zum nächsten Opfer genutzt. Es ist also wichtig, die Wanderung dieser Tröpfchen einzuschränken. Im Fall der Corona-Infektion ist allerdings noch nicht bekannt, ob die Übertragung über Tröpfchen oder nur über direkte Berührung erfolgt.

Die Gesichtsmaske eignet sich hingegen exzellent zum Denunzieren, weil sie im unsichtbaren Miasma der sich in der Atemluft tummelnden Mikroben einen sichtbaren Beweis der Befolgung der Vorschriften darstellen. Ihre psychologische Wirkung ist stark. Wie die Burka dokumentiert sie nebenbei auch die Unterwürfigkeit ihres Trägers. Denunzianten können sich für die Ärgerlichkeit rächen, dass sie gezwungen werden, solchen Unsinn mitzumachen, indem sie Andere

Varianten des Neids (alter politisch unkorrekter Witz aus der Sowjetunion):
Der Amerikaner betet zu Gott:
Mein Nachbar hat so ein schönes Auto und ich habe keins.
Verschaffe mir auch so eins!
Der Franzose betet:
Mein Nachbar hat so eine schöne Frau und ich habe keine.
Mach, dass sie auch mit mir schläft!
Der sowjetische Russe betet:
Mein Nachbar hat so eine schöne Kuh und meine ist letztes Jahr eingegangen.
Mach, dass sie ihm verreckt!

ebenfalls dazu zwingen.

Schliesslich gibt es noch die Gruppe der Krisengewinnler. Dazu gehören die Angestellten des Staats, an welche dieser die Umsetzung der autoritären Einschränkungen delegiert. Sie müssen nicht um ihren Lohn fürchten. Während draussen die Arbeitslosigkeit

ins Unermessliche steigt, sind die Arbeitsämter wegen der Ansteckungsgefahr geschlossen. Die Beamten müssen ja geschützt werden, damit das Funktionieren der Regierung gewährleistet bleibt.

Zu den Angestellten des Staates gehören auch die Akademiker, die nicht müde werden, ihren Mitmenschen Vorschriften zu machen und Solidarität zu predigen. Bis zu einem Verzicht auch nur auf einen Bruchteil ihres eigenen Einkommens zugunsten derer, die wegen ihren Vorschriften alles verlieren, erstreckt sich ihre eigene Solidarität allerdings normalerweise nicht.

Alle diese Ereiferer, Trittbrettfahrer und Krisengewinnler kommunizieren äusserst emotional und laut. (Versuchen sie, ein schlechtes Gewissen zu übertönen?) Je mehr denunziert wird, desto stärker verhärten sich die Fronten. Man ruft zur Solidarität und zum Schutz von Mitmenschen auf und ist bereit, sie individuell zu vernichten, wenn sie auf einem Diskurs über die Angemessenheit gewisser Massnahmen oder auf bescheidenen Menschenrechten bestehen.

Wie kommen wir da heil wieder heraus?

Konkret muss die Exekutive wohl wieder etwas von ihrer totalitären Macht zurücknehmen. Einen nahtlosen Übergang von demokratischem Rechtsstaat zur totalitären Regierung werden die Bürger wohl

trotz ihrer tiefen Sehnsucht nach Fremdbestimmung nicht ganz ohne Proteste tolerieren.

Es scheint offensichtlich, dass Schulen, Parlamente, Gerichte, Schwimmbäder, Läden, Restaurants, Discos in nützlicher Zeit wieder geöffnet werden müssen.

Weniger offensichtlich sind die Auflagen, mit denen die Öffnung begleitet wird. Sie müssten in einem demokratischen Diskurs erarbeitet werden, der auf allgemeinem Zugang zu allen relevanten Fakten und Daten fusst. Zum heutigen Zeitpunkt (23. April) wirken die meisten Auflagen mehr wie sichtbare Beweise der Unterwürfigkeit, welche das Denunziantentum fördern, ohne einen Bezug auf das Krankheitsrisiko zu haben.

Statt all dieser Auflagen wäre eine wichtige Neuerung die Ermöglichung von freiwilliger Isolation auch im Arbeitsrecht. Nachdem man berechtigte oder unberechtigte Panik gesät hat, muss man zulassen, dass Kinder nicht zur Schule geschickt werden und Arbeitnehmer ihrem Arbeitsort fern bleiben.

Selbstverständlich kann auch die staatliche Notfallvorsorge in einigen Bereichen verbessert werden. Man muss sich aber im Klaren sein, dass es sich um das Schliessen der Stalltüre handelt, nachdem die Pferde ausgebüxt sind. Der nächste Notfall wird ganz andere fehlenden Vorsorgemassnahmen ans Licht bringen.

Das Anlegen riesiger Lager Gesichtsschutzmasken ist vermutlich wenig zielführend. Eine vernünftige Lagerhaltung wichtiger Medikamente ist hingegen auch ohne Notfall sinnvoll. Just-In-Time-Production oder die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten kann sehr schädlich sein, weil nicht flexibel auf dynamische Veränderungen reagiert werden kann.

Mental haben wir alle die Regierung praktisch gezwungen, unseren Staat in eine autoritäre Expertokratie zu verwandeln. Um hier Gegensteuer zu geben, müssen wir mehr Gelassenheit gegenüber Menschen mit abweichenden Interpretationen der vorhandenen Daten üben. Wir sollten zulassen, dass auch Daten erhoben werden, welche die herrschende Expertenmeinung widerlegen könnten. Wir sollten in einer umfassenden Open-Data-Initiative darauf bestehen, dass die Bürger mit demselben Informationsmangel konfrontiert sind wie die Regierung. Die Informations- und Pressefreiheit darf dabei nicht der Fürsorge zum Opfer fallen, die uns vor falschen oder unmoralischen Informationen schützen will.

Wir sollten unsere Vernunft nicht der Angst vor der unsichtbaren, grenzüberschreitenden Bedrohung preisgeben. Wir sollten bei Naturkatastrophen und anderen nicht vorhersehbaren Problemen, nicht immer reflexartig dem Staat die Schuld und die Verantwortung zuschieben. Wir sollten unsere unstillbare Sehnsucht nach Fremdbestimmung eindämmen und uns dafür über Freiheit und Verantwortung freuen.

Wenn ich lese "Die westlichen Staaten haben sich als erschreckend unfähig erwiesen, ein nicht sichtbares, grenzüberschreitendes Virus unter Kontrolle zu bringen.", frage ich mich, ist es denn ihre Aufgabe? Wollen wir uns "beschützen" lassen, indem wir uns alle freiwillig ins Gefängnis sperren lassen?

Demokratieschutz

In der Sondersession des Schweizer Parlaments in der ersten Maiwoche, wird der Bundesrat vermutlich die nachträgliche Bewilligung des Parlaments für alle seine Massnahmen einholen und durchpeitschen. Eine solche nachträgliche Ermächtigung muss aber begleitet sein von einer Änderung des Epidemiegesetzes, welche in Zukunft verhindert, dass der Bundesrat sich selber ermächtigen kann, eine Ausserordentliche Lage auszurufen und gleichzeitig Legislative, Judikative und Volksrechte ausser Kraft zu setzen. Zwangsmassnahmen müssen verhältnismässig sein.

Wesentlich zum Schutz der Demokratie würde beitragen, wenn sich die Bevölkerung der Tatsache stellt, dass niemand – auch nicht die Regierung – an einer Naturkatastrophe "schuld" ist und dafür verantwortlich gemacht werden kann. Wenn dieser Grundsatz nicht mehr gilt, ist die Demokratie mit dem autoritären Zwangsregime vertauscht worden, welches von sich behauptet, es handle immer fürsorglich, auch wenn es die ganze Bevölkerung ins Gefängnis sperrt.

Staats-Oligopol-Kapitalismus

Die Wirtschaft wird sich nicht so einfach wieder hochfahren lassen, wie sich das gewisse Politiker vorzustellen scheinen.

Ein beträchtlicher Teil der Unternehmer hat am eigenen Leib erlebt, dass ihnen von der Regierung alles weggenommen wird, was sie über Jahre aufgebaut haben. 99.9% der Unternehmer sind Kleinunternehmer. Darum lasse ich die Vorsilbe *Klein-* im Folgenden jeweils weg.

Ein bisschen Geldregen ("Marshall Plan") wird das Vertrauen der Unternehmer nicht wieder herstellen. Nur die käuflichen und geldgierigen werden davon profitieren und überleben. Wenn vielen Betroffenen ein paar neu gedruckte Geldnoten geschenkt werden, entwertet sich das Geld der Anderen. Damit ein Wirtschaftswunder aus dem Marshall-Plan wird, müsste der Wirtschaft wieder unternehmerische Freiheit zugestanden werden. Schon in der Vergangenheit haben die meisten Unternehmer keine Nachfolger gefunden, weil kaum jemand Lust darauf hat, als Unternehmer tätig zu werden. In den nächsten Monaten werden wir viele Konkurse und Liquidationen erleben. Wenn ein Unternehmer viele Lebensjahre in den Aufbau eines Unternehmens gesteckt hat, wird er nicht einfach wieder von vorne anfangen.

Da sich die mit der Kreditvergabe beauftragten Banken ohnehin schon lange von ihrer Aufgabe für die Realwirtschaft verabschiedet haben, werden weder sie noch der Staat auf viel Vertrauen bei den Unternehmern stossen.

In den letzten fünfzig Jahren ist den Menschen im Europäischen Wirtschaftsraum schon in der Schule und von der Kanzel und von den Medien gepredigt worden, dass Unternehmer böse Ausbeuter sind, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, und dass nur der Staat ein guter Arbeitgeber ist. In der Vorstellung der Öffentlichkeit hat sich die Vorstellung festgesetzt, dass alle Unternehmer ausschliesslich von Geld motiviert und darum auch mit Geld zu kaufen sind. Diese Vorstellung wird sich als Irrtum herausstellen. Denn Unternehmer sind keine "Kapitalisten", denn sie verfügen mehrheitlich über wenig Kapital und sind entgegen landläufiger Propaganda auch nicht in erster Linie an dessen Vermehrung interessiert. Viele Unternehmer denken und handeln sozial.

Die Wirtschaftsform der DDR nannte man früher Staats-Monopol-Kapitalismus (von Insidern Stamokap genannt). Der Staat hatte das Monopol der Vergabe von Arbeitsplätzen inne. Deutschland und Frankreich befinden sich schon länger auf dem Weg zum Staats-Oligopol-Kapitalismus (Stolikap?). Der Staat und einige innig mit dem Staat verbandelte Firmen (Deutsche Bank, Lufthansa, Volkswagen, Telekom, Post, ...) haben als Oligopol die Herrschaft über die Vergabe

von Arbeitsplätzen und entwickeln sich zur intransparenten Nomenklatur. Wenn nun noch die verbleibenden Kleinfirmen eingehen, wird diese Entwicklung beschleunigt. In Italien wird schon die Gründung einer staatlichen Treuhandfirma diskutiert, die alle maroden Kleinunternehmen auffängt.

In der Schweiz waren vor der Corona-Krise mehr als 70% der Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen tätig. Es scheint wahrscheinlich, dass ein beträchtlicher Teil dieser Unternehmen liquidiert wird oder Konkurs geht. Weder Kurzarbeit noch unbürokratisch von realwirtschaftsfernen Banken verteilte und vom Staat garantierte Kredite werden das verhindern. Denn Kredite ändern nichts am Kapitalverlust. Sobald das Eigenkapital unter eine gewisse Grenze sinkt, schreibt das Gesetz die Liquidierung der Firmen vor. Die Arbeitslosigkeit wird kurzfristig entsprechend schmerzhafte Höhen erreichen. Mittelfristig werden einige wenige grosse Firmen übrigbleiben, die stark mit der Politik verbandelt sind. Auch bei uns wird sich der Staats-Oligopol-Kapitalismus nicht aufhalten lassen.

Die heutigen Unternehmer werden dann durch Manager oder Staatsangestellte ersetzt. Da diese nicht wie die heutigen Unternehmer die produktive oder kreative Arbeit, sondern nur die Verwaltung als ihre Aufgabe verstehen, wird man deutlich mehr solcher Verwalter beschäftigen. Diese werden auf einem Einkommen wie die heutigen Staatsangestellten bestehen, welches weit höher ist als das mittlere Ein-

kommen eines Unternehmers. Für die Angestellten bleibt in der Folge immer weniger übrig. Die Arbeitnehmer der Schweiz müssen sich also auf ein Lohnniveau einstellen, wie es in Deutschland üblich ist. Die Exportwirtschaft wird mittels Lohndruck auf die Arbeitnehmer gestärkt und die Profite fliessen an den Filz der herrschenden Klasse.

Plädoyer für Freiheit in Verantwortung

Die oben skizzierte Entwicklung scheint mir unausweichlich. Denn die Mehrheit setzt sich in der Demokratie immer durch. Und die Minderheit der Unternehmer ist schon vor der Krise von allen möglichen gesellschaftlichen Kräften massiv bekämpft worden.

Wenn wir langfristig ein autoritäres Zwangsregime verhindern wollen, sollten wir den Staat in allen Bereichen von der Verantwortung für das Leben der Bürger möglichst entlasten, indem wir die individuelle Freiheit vergrössern. Denn nur verantwortliche, kooperierende Bürger können eine menschenwürdige Gesellschaft bilden. Die Übernahme der Verantwortung für sich selber mag Vielen mühsam erscheinen. Aber die schrecklichen Varianten der Alternative einer totalitären Gesellschaft haben gezeigt, dass sich die Mühe lohnt. In Freiheit leben ist auch ein Genuss. Hören wir auf, die unantastbare Würde des Menschen einem autoritären Regime zu übertragen! Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit bewähren sich auch in der Stresssituation einer Pandemie und müssen

nicht sofort zugunsten eines vermeintlich leicht erhöhten Schutzes aufgegeben werden.

Wesentlicher Grundpfeiler der Freiheit ist der Zugang zu allen Informationen – auch zu denjenigen, welche der gerade herrschenden Meinung widersprechen. Die Staatsgewalt ist nicht notwendig klüger im Umgang mit fehlender Information als die einzelnen Bürger. Denn Gewalt wird allzuhäufig als Ersatz für Klugheit eingesetzt.

27. April Hartwig Thomas

(1952 geboren, 1983 Dr. sc. math., ab 1983 Unternehmer, ab 1995 diverse leichte "Vorerkrankungen")